

S.A.P.

Faschismus? Koalitionspolitik? **Proletarische Einheitsfront!**

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Die alte Bürgerschaft ist aufgelöst! **Warum?**

Weil die Bourgeoisie durch verstärkten Lohndruck, Entlassungen, Entziehung sozialer Rechte der Arbeiterschaft **den kapitalistischen Ausweg aus der Krise** sicherstellen muß. Dazu erscheint ihr als sicherstes Mittel die Anwendung der faschistischen Diktatur.

Die Bourgeoisie bedarf bei der Ausübung ihrer wirtschaftlich begründeten Diktatur nicht mehr der SPD und orientiert sich auf den Faschismus hin.

Die deutsche Volkspartei erteilt jetzt ihrem langjährigen Koalitionspartner, der SPD, den Fußtritt. Bürgerliche Parteien haben nur solange ein Interesse an Koalitionen mit der Sozialdemokratie, wie sie dieses Bündnis zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft benötigen.

Eine Koalition der bürgerlichen Mittelparteien mit den Nazis und den Deutschnationalen ist bisher nicht erfolgt, weil die parlamentarischen Mehrheiten dafür bisher nicht vorhanden sind.

Die letzten Wahlen haben noch eine Mehrheit der SPD- und KPD-Stimmen ergeben, 79 bürgerlichen standen 81 Mandate der beiden Arbeiterparteien gegenüber.

Diese Arbeitermehrheit blieb unausgenutzt!

SPD und KPD fanden nicht den Weg zur Einheitsfront, weil beide Parteien ihre Partei„linie“ über das Klasseninteresse stellten!

Das muß anders werden!

Die Arbeiterschaft hat die Pflicht, der Konzentration des Bürgertums, die Konzentration ihrer Klassenkräfte entgegenzusetzen. Die Arbeitermehrheit muß abermals errungen und ausgenutzt werden im Kampfe gegen Faschismus und soziale Reaktion.

Politische Gegensätze innerhalb der Arbeiterschaft dürfen kein Hindernis bilden, den gemeinsamen Kampf um die Tagesforderungen durchzuführen.

Mit den Arbeitern gegen die Kapitalisten!

Für die Aufhebung sämtlicher Notverordnungen. für die Rückgängigmachung aller Eingriffe in das Tarif- und Streikrecht. Gegen Lohnraub und soziale Entrechtung.

Für weitgehendste Arbeitsbeschaffung durch den hamburgischen Staat, unter Kontrolle von Betriebsräten und Gewerkschaften unter Ausschaltung der privaten Unternehmer.

Für die Sicherung des Existenzminimums aller Erwerbslosen. Rückgängigmachung aller Einschränkungen der Wohlfahrtsleistungen. gegen freiwilligen Arbeitsdienst, Dienstpflicht und technische Nothilfe. Schutz vor Ermittlungen.

Für die Beseitigung der Bürgersteuer (Negersteuer) und aller anderen Massensteuern.

Für die sofortige Wiederherstellung des uneingeschränkten und bedingungslosen Selbstverwaltungsrechts der Kommunen.

Für die Aufhebung aller Verbote proletarischer Organisationen.

Abbau aller Riesengehälter.

Keine Staatssubventionen an private Betriebe, Kirchen, usw. Rückgabe aller schon gezahlten Subventionen. Keine Steuererlasse an Großunternehmer. Zwangseintreibung der schon gewährten Erlasse.

Die Durchführung dieser und ähnlicher Forderungen wird auf den hartnäckigen Widerstand der Bourgeoisie stoßen.

Die Arbeiterschaft muß daher die Ausnutzung der Arbeitermehrheit durch gemeinsamen, entschlossenen, außerparlamentarischen Kampf sicherstellen.

Dazu ist erforderlich:

**Einsatz der gesamten gewerkschaftlichen Macht,
Bildung proletarischer Kampfkartelle,
Formierung von Klassenwehren zum Einsatz gegen den Faschismus.**

Die Sozialistische Arbeiterpartei richtet an die Hamburger Arbeiterschaft die Aufforderung mit ihr zu kämpfen für die Ausnutzung der Arbeitermehrheit im Interesse der Werktätigen.

Arbeiterbündnis gegen Faschismus und Koalitionspolitik.

Prolet greif zu!

Wählt Sozialistische Arbeiterpartei Liste 11

Stadtliste Stahmer-Elsner

Landliste Ziehl-Bobzien